

Versorgung bei Ausscheiden aus dem Amt

Nach dem Ausscheiden aus dem Amt haben Bürgermeister ebenso wie die übrigen Beamten nur dann einen Anspruch auf Versorgung, wenn sie die Voraussetzungen für den Eintritt in den Ruhestand erfüllen.

Erfüllen sie dagegen diese Voraussetzungen nicht oder beantragen sie ihre Entlassung aus dem Beamtenverhältnis, endet das Beamtenverhältnis mit der Entlassung ohne einen Anspruch auf Versorgung. Wie jeder andere Beamte werden sie dann für die Dauer ihrer Amtszeit in der gesetzlichen Rentenversicherung nachversichert. Daneben erhalten sie nach einer fünfjährigen Amtszeit das Dreifache ihrer letzten monatlichen Dienstbezüge als einmaliges Übergangsgeld. Weitere Zahlungen wie Abfindungen etc. dürfen nicht gewährt werden (§ 47 Beamtenversorgungsgesetz –BeamtVG-).

Wegen Erreichens der Altersgrenze oder wegen des Ablaufs der Amtszeit treten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister unter den nachstehenden Voraussetzungen in den Ruhestand (§ 195 Abs. 4 LBG):

Für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ist die Vollendung des 68. Lebensjahres die Altersgrenze. Mit dem Ende des Monats, in dem sie diese Altersgrenze erreicht haben, treten sie in den Ruhestand, wenn sie insgesamt mindestens eine 8-jährige ruhegehaltfähige Dienstzeit abgeleistet haben.

Mit Ablauf ihrer Amtszeit treten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in den Ruhestand, wenn sie

- mindestens eine 8-jährige ruhegehaltfähige Dienstzeit abgeleistet und das 45. Lebensjahr vollendet haben, oder
- i.S.d. § 6 BeamtVG ("Beamtenzeiten") eine ruhegehaltfähige Dienstzeit von 18 Jahren erreicht haben, oder
- als Beamte auf Zeit eine Gesamtdienstzeit von 8 Jahren erreicht haben.

Ist beim Ablauf der Amtszeit keine dieser Voraussetzungen erfüllt, endet das Beamtenverhältnis mit der Entlassung.

Der Eintritt in den Ruhestand - wegen Erreichens der Altersgrenze und mit Ablauf der Amtszeit - ist darüber hinaus davon abhängig, dass die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister - ebenso wie andere Beamte - innerhalb der genannten ruhegehaltfähigen Dienstzeit mindestens eine 5-jährige Dienstzeit abgeleistet haben (§ 4 Abs. 1 BeamtVG).

Diese Dienstzeit ist in erster Linie durch die Amtszeit als Bürgermeisterin oder Bürgermeister geleistet. Hinzu gerechnet werden solche Zeiten, die in einem vorangegangenen Beamtenverhältnis auf Zeit, auf Lebenszeit oder auf Widerruf (z.B. Referendarzeit) erbracht worden sind (§ 6 BeamtVG). Darüber hinaus sind Zeiten des berufsmäßigen und nicht-berufsmäßigen Wehrdienstes anzurechnen (§§ 8 und 9 BeamtVG). Zeiten des Zivildienstes sind dem Wehrdienst gleichgestellt (§ 72 Abs. 2 Zivildienstgesetz).

Bei Bürgermeistern, die aus einem vormaligen Beamtenverhältnis kommen, sind in diese Wartezeit auch die nach § 10 BeamtVG zu berücksichtigenden Beschäftigungszeiten in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis im öffentlichen Dienst einzubeziehen, sofern diese Tätigkeit zur Ernennung in das frühere Beamtenverhältnis geführt hat.

Sind die Voraussetzungen einer mindestens fünfjährigen Dienstzeit nicht gegeben, endet das Beamtenverhältnis durch Entlassung (§ 37 a LBG), ohne dass ein Versorgungsanspruch entsteht.

Wird eine Bürgermeisterin oder ein Bürgermeister im Laufe der Amtszeit dienstunfähig, gelten die allgemeinen beamtenrechtlichen Bestimmungen für die Versetzung in den Ruhestand (§ 195 Abs. 1 LBG i.V.m. §§ 45 ff LBG). Sofern die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister nicht mindestens eine 5-jährige Dienstzeit abgeleistet hat, oder durch einen Dienstunfall dienstunfähig geworden ist (§ 4 Abs. 1 BeamtVG), endet das Beamtenverhältnis mit der Entlassung (§ 37 a LBG). Im Falle der Entlassung wegen Dienstunfähigkeit kann aber nach § 66 Abs. 5 BeamtVG ein Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe des Ruhegehaltes bewilligt werden (§§ 15 und 26 BeamtVG).

- [Ruhegehaltfähige Dienstbezüge/Dienstzeit](#)

Übersicht "Hauptamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister"